

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 61 (1974)
Heft: 6: Der arbeitsgleiche Gruppenunterricht I

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

werden, inwiefern ähnliche Stellen aufgenommen würden und inwiefern gleichartige Fragen gestellt wurden.

3. In der Zwischenzeit liess ich von Schülern auch Fragen stellen, die ihnen dieser Text aufgibt. Ich habe diese Fragen gesammelt, sie geordnet und vervielfältigt. Alle Teilnehmer bekamen diese Vervielfältigung mit dem Auftrag: Vergleicht die Fragen der Schüler mit denjenigen von Ihnen. Suchen Sie Unterschiede und belegen Sie Ihre Ergebnisse mit Beispielen.»

Damit war ein grosses Problemfeld geöffnet. Die Plenumsgespräche mit den Darbietungen der Ergebnisse zeigten, wie vielschichtig das Problem ist. Es hat sich dabei auch gezeigt, dass die Teilnehmer der eigentlichen Formulierung nicht sehr viel Bedeutung beigemessen hatten. Deshalb war es richtig, eine Übung zu offerieren, in der sprachliche und methodische Belange besonders diskutiert wurden.

4. Zu diesem Zweck stellte ich eine Sammlung von 20 Fragen zusammen. (Teil II folgt)

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Schuljugend sammelt für Hungernde

Rund 600 Schulklassen aus der ganzen Schweiz brachten den Betrag von 250 000 Franken für die Opfer der grossen Dürre in verschiedenen Gebieten von Afrika und Indien zusammen. Die Sammelaktion ist im Rahmen von «Hunger 73» von der schweizerischen Caritas und dem Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz durchgeführt worden. Sie war auch mit einem Wettbewerb verbunden, bei dem die 160 erfolgreichsten Schulklassen mit einem Preis ausgezeichnet worden sind.

CH: Erste Sitzung der Innerschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (IEDK) im Jahre 1974

Die Konferenz behandelte eine Reihe verschiedener Sachfragen. Eingehend erörtert wurde der Bericht «Mittelschule von morgen». Die in den Mitgliederkantonen eingegangenen Vernehmlassungen zeigen weitgehend die gleiche Grundhaltung. Der Bericht wird als sehr verdienstliche Arbeit bezeichnet, die für unser Mittelschulwesen wertvolle und willkommene Reformimpulse auslösen wird. Die vorgeschlagene Schulstruktur kann aber nicht ohne Abstriche übernommen werden; namentlich ist die Beobachtungs- und Orientierungsstufe auf das 7. bis 9. Schuljahr zu beschränken. – Die Konferenz nahm kritisch Stellung zu den Empfehlungen der Schweizerischen Hochschulrektorenkonferenz, die Inhaber von Primarlehrerdiplomen nur nach einem ergänzenden Examen zu den Hochschulen zuzulassen. Sie ist der Meinung, dass ein solch bedeutsames bildungspolitisches Anliegen nicht einfach Sache der Hochschulrektoren sein kann. Sie wird daher in einer entsprechenden Eingabe verlangen, dass sich der Vorstand der Schweizerischen Erzie-

hungsdirektorenkonferenz der Angelegenheit annimmt.

Ferner beschloss die Konferenz, eine Dokumentation über vorhandene Hilfsmittel für den staatsbürgerlichen Unterricht erstellen zu lassen und besprach den Vollzug der Empfehlungen der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz zur Frage des Übertritts von Schülern in andere Kantone. Als ihren Delegierten in der Expertenkommission zur Ausarbeitung einer Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Schulstatistik hat sie Ulrich Jenny, Vorsteher der Mittelschulabteilung des Luzerner Erziehungsdepartements, bezeichnet.

Zum neuen Präsidenten der IEDK für die Jahre 1974/75 wurde als Nachfolger von Regierungsrat Norbert Zumbühl Dr. Walter Gut gewählt.

CH: Wissenschaftliche Jugendlager finanziell gesichert

Die Stiftung «Schweizer Jugend forscht» wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten dieses Jahr bis zu 30 000 Franken für die von der schweizerischen UNESCO-Kommission organisierten wissenschaftlichen Jugendlager zur Verfügung stellen. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Stiftung und der Kommission, wird die Rekrutierung der Jugendlichen an die Hand nehmen. Mit dieser Regelung ist die Durchführung der Lager vorläufig für 1974 garantiert, nachdem bisher fehlende finanzielle Mittel der UNESCO-Kommission ihre Abhaltung in Frage gestellt hatten. Die Lager werden seit 1968 durchgeführt.

CH: Um die Institutionalisierung der Jugendpolitik

Die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) ist der Ansicht, dass sich eine

eigentliche Institutionalisierung der Jugendpolitik nicht aufdrängt. In der Ernennung eines Delegierten des Bundesrates für Jugendfragen sieht sie kein geeignetes Mittel zur Lösung der Jugendprobleme, da eine Person mit den dazu notwendigen, vielfältigen Voraussetzungen kaum gefunden werden dürfte. Die Schaffung einer Stelle für Jugendfragen beim Eidgenössischen Departement des Innern würde sie hingegen begrüssen. Zusammen mit der Kommission, die aus Vertretern von Jugendorganisationen zu bilden wäre, könnte diese Stelle einen Beitrag zur Förderung des Integrationsprozesses der jungen Generation in die Gesellschaft leisten.

ZH: Der aufrechte gang

In Meilen haben sich eltern, lehrer und eine ortsansässige lederwarenfabrik zusammengetan und einen grossthek für oberstufenschüler entwickelt. Nach ihrer meinung sind die üblichen, oft manche Kilo schweren tragtassen besonders für jugendliche ungeeignet. Ihr slogan: «Astronauten können sich keine haltungsfehler leisten; sie tragen deshalb tornister, und du?»

Genau besehen mag auch der vergleich mit Astronauten schlagseite haben, aber er trifft den kern: Thek und mappe sind statussymbole für das schulkind und den erwachsenen; nun macht der werbefachmann geltend, dass selbst die helden des jahrhunderts tornister tragen.

(«schule 74»)

BE: Eröffnung eines Weiterbildungszentrums

Das Weiterbildungszentrum für französischsprachige Lehrer aller Stufen des Kantons Bern, wie es ein grossrätiiches Dekret vom Jahre 1970 beschloss, ist kürzlich in Moutier eingeweiht worden.

B6: Lehrerausbildung und Schulhausbau-subventionen

Ohne grosse Diskussionen verabschiedete das Kantonsparlament in zweiter Lesung eine Abänderung des Gesetzes über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen. Sie schafft rechtliche Grundlagen für die Führung von Abschlussklassen in den Seminarien, verankert die Unterstützung der nichtöffentlichen und privaten Seminarien und erklärt die Kindergärtnerinnenausbildung zur Staatsaufgabe.

Hauptthema der Nachmittagssitzung war das neue Dekret über die Schulhausbausubventionen, die den gestiegenen Baukosten angepasst werden müssen. Dies soll durch die Erhöhung der limitierten beitragsberechtigten Baukosten um 30 Prozent, rückwirkend auf 1. Januar 1973, geschehen. Zudem sollen die subventionsberechtigten Baukosten inskünftig alljährlich dem Berner Bau-

kostenindex angepasst werden. Die Dekretsrevision erfasste auch die Berechnungsgrundlagen der Beitragsklassen für die Schulhausbausubventionen. Vorgesehen sind 40 Beitragsklassen; die Staatsbeiträge belaufen sich je nach Einstufung der Gemeinden auf 5 bis 33 Prozent bei Primarschulen und auf 10 bis 34 Prozent bei Mittelschulen.

BE: Mathematikunterricht in der Sekundarschule

Ab 1. April 1974 ist ein neuer Lehrplan für den Mathematikunterricht an deutschsprachigen Sekundarschulen (5.–9. Schuljahr) verbindlich. Er setzt die Kenntnisse voraus, die die Schüler nach traditioneller Methode vom 1.–4. Schuljahr erworben haben. (Ab Frühjahr 1976 werden diese in Versuchsgebieten für neuen Mathematikunterricht nicht mehr dieselben sein.)

Der neue Lehrplan fasst die bisher getrennt geführten und bewerteten Fächer Arithmetik, Algebra und Geometrie in ein Fach Mathematik zusammen und stellt Knaben und Mädchen für dieses Fach gleich. Er enthält eingangs sehr allgemein formulierte Lehrziele; die Stoffpläne sind nach Kern- und Zusatzstoffen gegliedert. Die Prüfungen sollen sich auf die Kernstoffe beschränken. Zu jedem Schuljahr gibt es ein Verzeichnis der Lehrmittel für die Hand des Schülers und von weiterführender Literatur für den Lehrer.

(«Mitteilungen» Nr. 48)

BE: Lehrerbildung

Bei der beratung einer gesetzesänderung über die lehrerbildung und die aufnahme und promotion in seminarien machte dem bernischen grossen rat der folgende satz begreiflicherweise zu schaffen: «Neben den schulleistungen ist auch den pädagogischen fähigkeiten grosses gewicht beizumessen.» Mit stichentscheid des präsidenten blieb der satz gesetz.

(«schule 74»)

LU: Viele offene Lehrstellen an Volksschulen

Im Kanton Luzern sind auf das Schuljahr 1974/75 insgesamt 749 offene Lehrstellen zur freien Bewerbung ausgeschrieben, wobei gleich beigelegt werden muss, dass nicht 749 neue Lehrpersonen gesucht werden, weil die meisten offenen Lehrstellen von sogenannten Verwesern besetzt sind und damit zu rechnen ist, dass die meisten Verweser auch zur Wahl vorgeschlagen werden.

Immerhin sind auch so noch viele Lehrkräfte an allen Stufen der Volksschule auf das nächste Schuljahr hin aufzutreiben, und es ist kaum anzunehmen, dass alle offenen Lehrstellen auch durch eine Wahl besetzt werden können. Am «Luzerner Volksschulhimmel» zeichnet sich auch insofern eine leichte Morgenröte ab, als man auf

den Einsatz von Seminaristen verzichten will, was bestimmt begrüssenswert ist.

Der Nachwuchsförderung wird im Kanton Luzern grösste Aufmerksamkeit geschenkt (Mehrfachführung der Seminarklassen, Kurse für Berufsleute und Maturi). Die zur freien Bewerbung ausgeschriebenen offenen Lehrstellen verteilen sich auf die verschiedenen Stufen wie folgt: Primarschule 413, Hilfsschule 28, Spezialklassen 25, Oberschulen 35, Sekundarschulen 110, Arbeitsschulen 111, Hauswirtschaftsschulen 12 und Kindergärten 15.

LU: Interpellation zum Hochschulkonkordat

Grossrat F. Brun (Emmen) hat folgende Dringliche Interpellation eingereicht: Das von der Regierungskonferenz der vorgesehenen Trägerkantone bereinigte Zentralschweizer Hochschulkonkordat ist für den Kanton Luzern enttäuschend ausgefallen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Luzerner Regierung aus vermeintlichem Zeitdruck sich vorerst mit diesem unbefriedigenden Entwurf abgefunden hat. In der Zwischenzeit konnte der Terminplan umgestaltet werden.

Mit diesem Konkordat wird das Hochschulgründungsgesetz mit einer negativen Position belastet, welche die Gründung ernhaft in Frage stellen kann. Viele Luzerner werden sich nicht entschliessen können, einem Hochschulkonkordat zuzustimmen, bei dem wir gegen eine geringe finanzielle Beteiligung ein Maximum an Rechten an die Innerschweizer Kantone abgeben. Um die für Luzern historisch bedeutsame Vorlage der Hochschulgründung nicht bereits aus dieser Sicht zu gefährden, wäre eine weitere Verhandlung mit den Konkordatskantonen erwünscht. Ich frage daher den Regierungsrat an, ob er bereit ist, die Konkordatsverhandlungen wieder aufzunehmen, um eine ausgewogenere Gewichtung von Leistungen und Rechten zu erwirken! Ist ferner der Regierungsrat bereit, einen Finanzierungsplan für eine rein luzernische Hochschule vorzulegen, wenn die Konkordatsverhandlungen für Luzern keine vorteilhaftere Lösung ermöglichen?

LU: Oberstufenreform

Mit der Revision des luzernischen Erziehungsge setzes im Jahre 1971 wurde das neunte Schuljahr obligatorisch. Dieser Umstand rief bei den zuständigen Stellen nach einer Reform der Oberstufe der Volksschule (7. bis 9. Schuljahr), da dieser als Vorbereitung auf die Berufsbildung zentrale Bedeutung zukommt.

Nach einem Komissionsbericht soll vorerst die Volksschuloberstufe zu einer sogenannten Orientierungsstufe ausgebaut werden. Damit will man der Selbstverwirklichung des Menschen näher kommen. Dazu bedarf es einer äusserst flexibel gehaltenen Stufe, die dem Schüler erlaubt, im gegebenen Zeitpunkt die seiner Entscheidung

entsprechende Lerngruppe zu besuchen. Dies wiederum bedingt die räumliche Nähe der verschiedenen Schultypen oder Lerngruppen. Schliesslich soll durch den Kontakt mit anderen Lerngruppen dem Schüler vermehrt die Möglichkeit geboten werden, mit Kameraden aus anderen Schichten und mit anderen Berufsvorstellungen Alternativen zu erfahren.

Die angestrebten Reformen verlangen nach einer «massvollen Zusammenfassung der Oberstufen», damit auch die Landschaft in den Genuss eines qualitativ anspruchsvoller und vielfältigeren Bildungsangebotes kommen kann. Der Erziehungsrat folgert daraus, dass dort, wo es die Verhältnisse erlauben, die Orientierungsstufe in parallel geführten Klassen organisiert werden soll, was Schulzentren von insgesamt 18 und mehr Abteilungen ergibt. Mit dieser Lösung erhofft man sich namentlich eine stärkere Differenzierung des Bildungsangebotes.

FR: Hochschulkollekte 1973 rückläufig

Auf den Stichtag 15. Februar 1974 wurde die Abrechnung der Hochschulkollekte 1973 für die Universität Freiburg erstellt. Es ergab sich ein Gesamtergebnis von Fr. 1 086 870.15. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang von Fr. 73 130.20 oder um 6,3 Prozent festzustellen.

SO: Bessere Lehrerausbildung

Die Solothurner Regierung unterbreitet dem Kantonsrat den Antrag, die Zahl der Jahreskurse der Lehrerbildungsanstalt Solothurn von bisher vier auf fünf zu erhöhen. Die Erhöhung soll auf Beginn des Schuljahres 1974/75 in Kraft treten und erstmals für die Schüler gelten, die auf Beginn dieses Schuljahres in die 1. Klasse der Lehrerbildungsanstalt eintreten.

Die erforderlichen Kredite wären jeweils mit dem Voranschlag zur Staatsrechnung zu bewilligen. Für das Jahr 1974 wird ein Nachtragskredit von 155 000 Franken angefordert. Die Vorlage wurde an einer Pressekonferenz von Erziehungsdirektor Dr. Alfred Wyser und Dr. Peter Waldner, Rektor der Lehrerbildungsanstalt Solothurn, erläutert.

Die Durchführung der Reform soll in drei Phasen erfolgen. In der ersten, ab Schuljahr 1974/75 beginnenden Phase kommen zum obligatorischen Pensem der Schüler ausser den Pflichtstunden die Aufgaben, Exkursionen und die Studienwochen. Die zweite, vor allem die Gestaltung der zwei oberen Klassen betreffende Phase (ab 1977) sieht neben den Pflichtfächern auch Pflichtwahlfächer vor. Die dritte, 1980 einsetzende Phase bringt die Einführung einer obligatorischen Er-gänzungsbildung in Form eines Lehramtskurses.

Mit der Reform soll im weitern der gymnasiale Weg zum Lehrerpatent und der Anschluss der Seminar-Absolventen an das Hochschulstudium ermöglicht werden.

BS: Prüfungsboykott an Basler Uni

Mit der Forderung, die Klausurprüfungen aufzuheben und sofort wieder die Hausaufgaben einzuführen, haben die Proseminaristen der Fachgruppe 8 (Germanisten) der Basler Universität die Prüfungen boykottiert. Von insgesamt 109 Proseminaristen beteiligten sich bloss ein Dutzend an den Prüfungen. Die anderen wurden von der Universität in Briefen aufgefordert, sich während der Ferien zu den Wiederholungsprüfungen einzufinden. Sollten sie dies ablehnen, so würden sie nicht zu dem anschliessenden Kurs zugelassen und damit mindestens ein Semester verlieren. Wie man vernimmt, wollen die Studenten aber auf dem Boykott bestehen.

Die zum Boykott entschlossenen Absolventen des Proseminars geniessen die Unterstützung der marxistisch-leninistisch orientierten Gruppen, so der progressiven Organisationen Basel (POB) und des «Unikampf».

SG: Fremdarbeiterkinder

Der erziehungsrat des kantons St. Gallen empfiehlt den schulräten, zugunsten der fremdarbeiterkinder folgendes vorzukehren:

«Verteilung der elternbriefe des erziehungsdepartementes. Sie stehen heute den schulgemeinden beim erziehungsdepartement in italienischer und spanischer sprache zur Verfügung.

Orientierung über unser schulsystem und über unsere schulorganisation in der lokalen presse, vor allem zu beginn eines neuen jahres.

Durchführung von elternabenden ausschliesslich für eltern fremdsprachiger kinder, wobei die möglichkeit vorhanden sein muss, dass sich die eltern in ihrer sprache ausdrücken.

Bildung einer subkommission des schulrates, die sich mit den speziellen problemen der beschulung fremdsprachiger kinder in der gemeinde und mit dem kontakt und der information der fremdsprachigen kinder zu befassen hat.

Auftrag an eine lehrkraft, die information und beratung der eltern fremdsprachiger kinder (mit eigentlichen sprechstunden) durchzuführen.

Ermunterung der volksschullehrer, sich in der sprache der meisten fremdsprachigen kinder (italienisch und spanisch) weiterzubilden, damit sie den persönlichen kontakt mit den fremdsprachigen kindern und ihren eltern pflegen können.»

(«schule 74»)

SG: Verpflichtung zum schuldienst?

Die absolventen des sanktgallischen lehrerseminars sind gesetzlich verpflichtet, «in zeiten des

lehrermangels» mindestens drei jahre im eigenen kanton schule zu geben. Diese vorschrift kam allerdings noch nie zur anwendung, weil man niemanden auf seinem im alter von 16 jahren gefassten berufsentscheid zu behaften wagte. Erziehungschef Ernst Rüesch: «Abgesehen von den pädagogischen unzulänglichkeiten solcher massnahmen stellt sich die frage, ob derartige massive eingriffe in die persönliche freiheit des einzelnen vor unserer rechtsordnung überhaupt bestand hätten.»

Die regierung schlägt nun vor, die umstrittene bestimmung aus dem gesetz zu streichen. Eine verpflichtung zum schuldienst soll nur für die erwachsenen absolventen des einjährigen kurses für maturi und des zweijährigen umschulungskurses für berufsleute gelten. («schule 74»)

AG: Es fehlt an Lehrkräften

Nicht alle der vom aargauischen Regierungsrat bisher bewilligten 36 neuen fakultativen Schulklassen an den Primar- und Sekundarschulen werden mit Beginn des Schuljahres 1974/75 eröffnet werden können. Nach einer Mitteilung des Informationsdienstes der Regierung fehle es an geeigneten Lehrkräften, teilweise aber auch an den erforderlichen Schülerzahlen. Die Klassen, die schliesslich eröffnet würden, könnten deshalb als Versuchsklassen betrachtet werden.

Schwierigkeiten bereitet auch die Einführung der Fakultativfächer Instrumentalunterricht und Französisch, die an der Primaroberschule neu mit dem sechsten Schuljahr einsetzen sollten, aber auch der Fächer Englisch und Italienisch, die an den Primar- und Sekundarschulen für das achte Schuljahr vorgesehen sind. Hier werde die Zahl der möglichen Abteilungen vorerst ebenfalls klein sein.

Die Einführung des fakultativen neunten Schuljahres an den Primar- und Sekundarschulen sowie von neuen Fakultativfächern auf Beginn des Schuljahres 1974/75 war vor einigen Monaten in Abänderung des Schulgesetzes vom Souverän gutgeheissen worden.

AG: Dokumentationsstelle für Oberstufenlehrer

Die Lehrer der Real- und Sekundarschulen eröffneten gemeinsam mit der Lehramtsschule Brugg eine Dokumentationsstelle für Unterrichtshilfen der Oberstufe. Diese erlaubt jedem Oberstufenlehrer, Anregungen zur Lektionsgestaltung aller Art katalogisieren zu lassen, so dass sich seine Kollegen von seiner Arbeit inspirieren lassen können. Daneben enthält die Dokumentationsstelle Semesterarbeiten der Lehramtsschule. Kontakte zu den Bezirkslehrern sollen ebenfalls hergestellt werden. Adresse: Dokumentationsstelle für Unterrichtshilfen, W. Bolliger, Sonnenrain, 5054 Kirchleerau. («Mitteilungen» Nr. 48)

GE: Schulversuch auf der Oberstufe des Gymnasiums

Mit dem Schuljahr 1973/74 begann das Collège Rousseau in Genf ein Schulexperiment. Die Vorbereitung auf die Maturität soll nicht mehr nach verschiedenen Typen erfolgen. Es wird eine einheitliche Maturität angestrebt, die aber neben gemeinsamen obligatorischen Kernfächern Wahlfächer und Niveakurse vorsieht. Sollte ein solcher Abschluss nicht eidgenössisch anerkannt werden können, so wäre zwei Jahre vor der Maturität eine Rückkehr zum alten System möglich.

(«Mitteilungen» Nr. 48)

Vereinsmitteilungen

Sitzung der Redaktionskommission «schweizer schule» vom 23. Februar

Am Samstag, dem 23. Februar, tagte die Redaktionskommission «schweizer schule» in Zug. Anwesend waren auch eine Delegation des Zentralvorstandes, Administrator Josef Kreienbühl, der ehemalige Hauptschriftleiter Dr. Josef Niedermann und vom Verlag Kalt-Zehnder Dr. Erich Kalt.

In seinem Rückblick auf den Jahrgang 1973 der «schweizer schule» konnte der Redaktor darauf hinweisen, dass mit insgesamt 1202 Druckseiten ein neuer Rekord im Umfang erreicht worden ist. Dies war nur möglich dank einer nochmaligen Erhöhung der Inseratenzahl. Gleichzeitig erfuhr auch die Abonentenzahl eine leichte Steigerung, so dass die Druckauflage heute auf über 4000 Exemplare angestiegen ist.

Für das laufende Jahr wurden folgende Sondernummern in Aussicht genommen:

- Jugendbuchforschung
- Erfolgskontrolle im Unterricht
- Gesamtschulmodelle in der Diskussion
- Rahmentheorie zur Beurteilung von Sprachentwicklung und Sprachunterricht
- Musikunterricht an unsren Schulen
- Schultheater
- Durchführung von Konzentrationswochen
- Das Tagesinternat – eine Schulform der Zukunft?
- Sinn und Unsinn der Hausaufgaben

Da bereits drei Sondernummern (Klein oder gross?; Lehrerfortbildung; Gruppenunterricht) im begonnenen Jahr erschienen sind, kann mit total zwölf Sondernummern gerechnet werden, womit die Redaktion einem offensichtlichen Wunsch der Leserschaft entgegenzukommen versucht.

Allgemeiner Beliebtheit erfreuen sich, laut inter-

nen Umfragen, die Kurzmeldungen und die «Blauen Beilagen». Das Rezensionenwesen hat Ende letzten Jahres Herr Armin Binotto übernommen, der an der Sitzung offiziell in den Redaktionsstab aufgenommen worden ist. Diskutiert wurden unter anderem auch Fragen der Gestaltung und Werbung. Dabei zeigte es sich, dass man, zumindest für den Augenblick, weder am Format, noch am Schriftsatz irgendwelche Änderungen für notwendig erachtet. Hingegen will man in der Werbung nach neuen Wegen suchen und insbesondere die Leserschaft davon zu überzeugen trachten, dass ein persönliches Abonnement sowohl für den einzelnen von Vorteil und für die Weiterexistenz der Zeitschrift notwendig ist. Als überflüssig erachtete die Mehrzahl der Anwesenden die Veröffentlichung der Schulfunk- und Schulfernsehprogramme, da zu diesem Zwecke eine eigene Zeitschrift erscheine, die in praktisch allen Lehrerzimmern aufliege. Zugunsten von Buchbesprechungen soll daher in Zukunft auf diese Rubrik verzichtet werden.

Mit dem Dank an alle Mitarbeiter, an Verlag und Vereinsleitung, an die Sekretärin und den Administrator konnte der Redaktor die Sitzung schließen.

CH

Umschau

Die KOSLO nahm Stellung: Jugendpolitik und Mittelschule von morgen

O. S. Die Konferenz Schweizerischer Lehrerorganisationen (KOSLO) beschäftigte sich an ihrer 7. Plenarversammlung in Olten vorwiegend mit zwei wichtigen Jugend- und Schulproblemen. Unter dem Vorsitz von Dr. Max Huldi (Arlesheim), der die Vertreter zahlreicher Lehrerorganisationen aus der deutschen und welschen Schweiz begrüssen konnte, wurden im Vernehmlassungsverfahren die Eingaben an das Eidgenössische Departement des Innern in Bern bereinigt. Man war sich dabei in den Beschlüssen einig. Die vom Geschäftsausschuss bereinigten Texte fanden mit geringen Modifikationen Anklang. *Bejaht wurden u. a. die Forderung nach Intensivierung der Forschung über Jugendprobleme und die Förderung der politischen Bildung der Jugend.* Es hat sich allerdings gezeigt, dass in Einzelfragen die Meinungen stark auseinandergehen. Das Ziel läge in einer harmonischen Eingliederung der Jugend in die Gesellschaft. Aber auch diese muss ihr Verständnis für die Sorgen und Anliegen der jungen Generation beweisen. Das Verstehenlernen zwischen den Generationen soll gefördert werden. Wenn es gelingt, das Engagement der